

Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

Bericht zum Stand der Umsetzung

in der Sitzung des Hauptausschusses am 11. Juni 2012

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

Grundsätze – Teil I der Charta

- Gleichstellung ist Grundrecht
- Diskriminierungen abschaffen
- für ausgewogene Mitwirkung sorgen
- Geschlechterstereotypen überwinden
- Geschlechterperspektive immer einbeziehen
- gleichstellungsorientierte Maßnahmen ergreifen und Ressourcen bereitstellen

Verpflichtungen – Teil II der Charta

- Gleichstellungsaktionsplan mit Zielen, Maßnahmen, Ressourcen und Zeitrahmen
- Beteiligung
- Öffentlichkeitsarbeit
- Evaluierung und Weiterentwicklung
- Kooperation auf europäischer Ebene

Handlungsfelder - Teil III der Charta

- Politische Rolle
- Allgemeiner Rahmen für die Gleichstellung
- Rolle als Arbeitgeberin
- Öffentliches Beschaffungs- und Vertragswesen
- Rolle als Dienstleistungserbringerin
- Planung und nachhaltige Entwicklung
- Städtepartnerschaften und internationale Kooperationen

Politische Rolle

- Artikel 2 Politische Vertretung
- Artikel 3 Mitwirkung am politischen und zivilgesellschaftlichen Leben
- Artikel 4 Öffentliches Engagement für Gleichstellung
- Artikel 5 Zusammenarbeit mit Partnern zur Förderung der Gleichstellung
- Artikel 6 Kampf gegen Stereotype
- Artikel 7 Gute Verwaltungs- und Konsultationsverfahren

Bestandsaufnahme von Maßnahmen

Politische Rolle

1-01 Gleichstellungsstelle

- Broschüren, Ausstellung und Veranstaltungen anlässlich 75 Jahre und 90 Jahre Frauenwahlrecht
- Mütter des Grundgesetzes: Veranstaltung zu 50 Jahre Grundgesetz
- Flyer der LAG der Kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Rheinland-Pfalz zu den Kommunalwahlen
- Weiterbildungsangebote im Rahmen des Landesprogramms „Frauen machen Kommunen stark“
- Aufruf im Jugendhilfeausschuss: Jungwählerinnen für Kommunalpolitik und Mentorinnen-Programm interessieren
- Teilnahme örtlicher Kommunalpolitikerinnen am Mentorinnen-Programm des Landes
- Veranstaltungen und Diskussionsrunden mit Kommunalpolitikerinnen
- Möglichkeit der Erstattung von Aufwendungen für Kinderbetreuung an Stadtratsmitglieder (Hauptsatzung § 4 Abs. 1)
- Frauen-Stadt-Gespräche und Dokumentationen zu kommunalpolitischen Themen
- Gezielte Bürgerinnenbeteiligung bei Stadtentwicklungsprogrammen in Stadtteilen
- Stellungnahmen und Appelle der Gleichstellungsbeauftragten zur Berücksichtigung von Frauenbelangen und stärkeren Beteiligung von Frauen, Vertretung in Gremien
- Bekanntmachung von Anlaufstellen für Frauen (z.B. Adressbuch für Frauen, Frauen-Stadtplan, Frauen engagieren sich - Frauenverbände A-Z)
- Organisation und Koordinierung von Fraueninformationsbörsen
- Ankündigung und Unterzeichnung der Charta und weitere Informationen im Intranet der Stadtverwaltung, unter www.ludwigshafen.de, www.gender-mainstreaming.rlp.de, www.rgre.de und über Rundschreiben des Städtetags Rheinland-Pfalz an Mitglieder der AG Gleichstellung bei den Kommunalen Spitzenverbänden Rheinland-Pfalz
- Koordinierung des Arbeitskreises Gewalt gegen Frauen und des Runden Tisches RIGG (Rheinland-pfälzisches Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen)
- Zusammenarbeit mit dem Rat für Kriminalitätsverhütung
- Mitarbeit im Weiterbildungsbeirat
- Mitarbeit im Jugendhilfeausschuss (beratendes Mitglied)
- Mitarbeit in der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Frauen & Arbeit für die Metropolregion Rhein-Neckar
- Koordinierung bzw. Mitarbeit in projektbezogenen Netzwerken
- „Gleichberechtigung in der Sprache“, Richtlinien für eine zeitgemäße Verwaltungssprache der Stadt Ludwigshafen am Rhein, 1990
- Seminare und Veranstaltungen mit bekannten Sprachwissenschaftlerinnen wie Luise Pusch und Monika Gerstendörfer
- Hilfestellung für die Verwaltung im Intranet: Merkblatt des Bundesverwaltungsamtes „Sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern – Hinweise, Anwendungsmöglichkeiten und Beispiele“
- Änderung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Plakatanschlag (LuBeGe) zwecks Verhinderung sexistischer und frauenfeindlicher Werbeplakate im Stadtbild
- „Rollenwechsel“, Filmreihe mit einschlägigen Spielfilmen im UNION Kino
- Unterstützung der Arbeit der Mädchenwerkstatt
- Förderung der Fotoausstellung „Mädchen in technischen Berufen“
- regelmäßige Teilnahme am bundesweiten Girls Day: Vermittlung von Praktikumsplätzen, Besuch des Berufsparcours für Mädchen
- Töchtertage bei der Stadtverwaltung
- Hausarbeitskurse für Männer mit gutem Willen
- Fachtagung „Gender“ für die professionelle Arbeit im Handlungsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Mädchenfeste mit mädchenuntypischen Aktivitäten
- Maßnahmen zur Berufswahl von Mädchen, z.B. Projekt „Mädchen packen Zukunft an“, Broschüre „Weichen stellen“ für pädagogische Fachkräfte und Eltern
- Unterstützung von Mädchenfußballturnieren in Schulen und Jugendeinrichtungen
- „Emanzipation auf Widerruf“, Veröffentlichung des Stadtarchivs über die Leistungen der Arbeiterfrauen in Ludwigshafen von 1914 bis 1921

Bestandsaufnahme von Maßnahmen

Politische Rolle

3-16 Jugendförderung und Erziehungsberatung

- Koordination des Arbeitskreises Mädchenarbeit
- Fortschreibung des Konzepts „Mädchenarbeit in Ludwigshafen“
- Federführung und stadtweite Koordinierung für den „Girls Day“
- Neukonzeption der geschlechtsspezifischen Arbeit

2-16 Bürgerdienste

- Schöffenslisten mit ausgewogenem Geschlechterverhältnis

4-12 Stadtplanung

- Berücksichtigung gruppenspezifischer Bedürfnisse in fachlichen und räumlichen Teilkonzepten und Programmen

5-11 Steuerung

- aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Umsetzung des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt (Arbeitskreise und Runde Tische in den Quartieren)

5-14 Integration und Weiterbildung

- Qualifizierung von Integrationsbegleiterinnen (Projekt „Brückenbauer/innen“)
- Migrationsbeirat zwecks politischer Partizipation von Migrantinnen und Migranten
- Qualifizierungsangebote für Mitglieder des Migrationsbeirats

1-17 Öffentlichkeitsarbeit

- geschlechtergerechte Sprache in allen Veröffentlichungen der Stadt

2-12 Stadtkasse

- Gewährleistung korrekter Anrede auf Formularen und bei Adressanlegung

3-15 Schulen und Kindertagesstätten

- alle städtischen Kindertagesstätten arbeiten nach dem Situationsansatz und dem Qualitätsinstrument „Quasi“: Mädchen und Jungen werden in ihrer geschlechtsspezifischen Identitätsentwicklung unterstützt (gegen stereotype Rollenzuweisungen und –übernahmen)

5-13 Senioren

- Recht auf und Verpflichtung zur Anhörung werden bei Unterhaltssachbearbeitung, Sozialhilfesachbearbeitung und Betreuungsbehörde beachtet
- einfache und verständliche Sprache (verbal und schriftlich) in Sachbearbeitung

und weitere Bereiche

Allgemeiner Rahmen für die Gleichstellung

Artikel 8 Allgemeine Verpflichtungen

Artikel 9 Gleichstellungsprüfung

Artikel 10 Vielfältige Diskriminierungen oder Benachteiligungen

Bestandsaufnahme von Maßnahmen

Allgemeiner Rahmen für die Gleichstellung

1-01 Gleichstellungsstelle

- Einrichtung und Arbeit der kommunalen Gleichstellungsstelle nach GemO
- Bestellung und Arbeit der internen Gleichstellungsbeauftragten nach LGG und einer Stellvertreterin
- Festlegung der VK 2003: Gleichstellung ist Ziel; alle Entscheidungsprozesse in der Verwaltung sind für die Zielerreichung zu nutzen; Gender Mainstreaming umsetzen
- Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für Führungskräfte und andere Zielgruppen (nach Sachgebieten, z.B. Personalentwicklung, Planungs- und Bauwesen, Fort- und Weiterbildung, Offene Kinder- und Jugendarbeit, Finanzwesen)
- verwaltungsinterne Veröffentlichungen und Hilfestellungen, z.B. LUPE, Intranet
- Umsetzung der EU Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
- Öffentlichkeitsarbeit zur Arbeit der Gleichstellungsstelle und zur Umsetzung der EU Charta
- verwaltungsinterne Öffentlichkeitsarbeit zu den Entwicklungsschritten bei der Umsetzung der EU Charta
- regelmäßige Berichterstattung der Oberbürgermeisterin zum Stand der Frauenförderung bei der Stadtverwaltung (§ 20 Abs. 2 LGG)
- Einrichtung einer Beschwerdestelle AGG beim Bereich Personal
- Intranetseite der Gleichstellungsstelle mit Informationen und Hilfestellungen für die Verwaltung
- Gender-Budgeting in der Schulsozialarbeit
- Prüfung und Dokumentation von Genderaspekten bei Projekten mit finanziellen Zuwendungen (VA Nr. 3/2006 GM im Planungs- und Bauwesen)
- Gender Mainstreaming als übergeordnetes Leitziel im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt und im EU-Förderprogramm URBAN II

5-11 Steuerung

- Diskriminierung wird entschieden entgegengetreten
- auf die Teilnahme an entsprechenden Schulungen wird hingewirkt, z.B. interkulturelle Kompetenz, Deeskalationstraining

und weitere Bereiche

Bestandsaufnahme von Maßnahmen

Rolle als Arbeitgeberin

1-01 Gleichstellungsstelle

- Mitwirkung der internen Gleichstellungsbeauftragten nach LGG bzw. ihrer Stellvertreterin an allen organisatorischen, personellen und sozialen Maßnahmen
- Dienstvereinbarung „Flexibilisierung der Arbeitszeit“ und Änderungsdienstvereinbarung
- Dienstvereinbarung „Mobbing“ (incl. sexuelle Belästigung)
- konsequente Sanktionierung sexueller Belästigung
- Frauenförderung als Baustein des Personalentwicklungskonzeptes
- geschlechterdifferenzierte Statistiken im Personalwesen, z.B. Einstellungen, Beurteilungen
- Hospitationen bei der Gleichstellungsstelle im Rahmen der Führungskräftenachwuchsentwicklung
- Prüfung (beantragter) Nicht-Teilbarkeit von Stellen durch den Bereich Organisation
- Qualifizierung von frauentypisch beschäftigten Mitarbeiterinnen, deren Stellen weggefallen sind (Schreibdienste, Stadtgärtnerei, Reinigerinnen)

1-11 Organisation

- Frauenförderplan
- Fortbildung zur Umsetzung von Gender Mainstreaming
- Beurteilungssystem: Genderkompetenz ist Beurteilungskriterium für Führungskräfte, Katalog beobachtbarer Verhaltensweisen ist gegendert, gendergerechte Kommunikation ist Teil der Seminarinhalte
- Führungskräftenachwuchsentwicklung: Genderkompetenz ist Teil des Anforderungsprofils an Führungsfunktion, Flexibilität bei der Planung der Qualifizierungsmaßnahmen (Hospitationen)
- Förderung und Erhalt der Arbeitskraft: Verpflichtung externer Dozentinnen und Dozenten zu gendergerechter Didaktik und Methodik
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch räumliche und zeitliche Arbeitsplatzflexibilität (Alternierende Heimarbeit und Arbeitszeitflexibilität)
- Gesundheitsförderung: Betriebliches Eingliederungsmanagement und Fortbildung

1-12 Personal

- Verwendung einer geschlechterneutralen Sprache
- keine Unterscheidung bei Entlohnung und Besoldung
- paritätische Besetzung von Gremien
- Angebot alternierender Heimarbeit
- Angebot unterschiedlicher Teilzeitmodelle, nach Möglichkeit wunschgemäß
- Dienstvereinbarungen
- Personalentwicklung für Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte
- Angebot spezieller Seminare für Frauen
- frühzeitige Einbindung der Gleichstellungsbeauftragten zwecks Optimierung

Bestandsaufnahme von Maßnahmen

Rolle als Arbeitgeberin

2-16 Bürgerdienste

- Unterstützung von Stundenaufstockungen bzw. –reduzierungen
- in Bürgerbüros Teamsprecherinnen auch als Teilzeitkräfte
- Unterstützung des „ortsnahen“ Arbeitsplatzes
- mehr Männer bei „Bürgerbüros und Sozialversicherung

2-17 Feuerwehr

- Änderung der sportlichen Einstellungsvoraussetzungen (neu: geschlechtsspezifisch)
- Sanitäranlagen für Frauen bei Feuerwachen 1 und 2

4-13 Gebäudemanagement

- Interimsarbeitsplätze für schwangere Mitarbeiterinnen
- Wertschätzungskampagnen für Reinigerinnen
- Fortbildungsmaßnahmen für Reinigerinnen zwecks Weiterbeschäftigung in der KTS-Hauswirtschaft
- Alphabetisierungsseminare und Deutschkurse kostenfrei
- 5 stellvertretende Hausmeisterinnen
- weibliche Auszubildende im Elektrohandwerk

4-21 Grünflächen und Friedhöfe

- Ausbau der sanitären Anlagen für Mitarbeiterinnen in Verwaltung und Sozialräumen
- Förderung der Vereinbarkeit Beruf und Familie durch flexible TZ-Modelle
- 2 weibliche Auszubildende zur Bestattungsfachkraft
- Gelegenheit für Praktika im Garten- und Landschaftsbau und in Verwaltung
- Unterstützung sexuell belästigter Mitarbeiterinnen und konsequente Absage an Täter
- Organisationsänderungen zum Vorteil der Mitarbeiter/innen (z.B. teilzeitbeschäftigte Frauen auf Hauptfriedhof); Rücksicht auf persönliche Belange

4-22 Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik

- besondere Förderung teilzeitbeschäftigter Frauen zwecks Weiterqualifizierung
- 2 Fachfrauen in qualifizierten Funktionsbereichen der Deponie

5-16 Sport

- Teilzeit auch in der Schichtarbeit
- Beschäftigung körperlich behinderter Menschen
- Deeskalationstraining für Badegehilfinnen

und weitere Bereiche

Bestandsaufnahme von Maßnahmen

Öffentliches Beschaffungs- und Vertragswesen

4-11 Baukoordinierung und Stadterneuerung

- Erklärung zur Tariftreue wird bei Angebotsschreiben standardmäßig eingefordert

4-13 Gebäudemanagement

- Verpflichtung externer Reinigungsfirmen zur tarifkonformen Bezahlung bereits vor dem Landestariftreuegesetz vom 1.12.2010

1-11 Organisation

- Verpflichtung externer Dozentinnen und Dozenten zu gendergerechter Didaktik und Methodik
- Berücksichtigung des Genderaspekts im Seminauswertungsbogen

Rolle als Dienstleistungserbringerin

Artikel 13	Bildungswesen und lebenslanges Lernen
Artikel 14	Gesundheit
Artikel 15	Sozialhilfe und soziale Dienste
Artikel 16	Kinderbetreuung
Artikel 17	Betreuung anderer Familienangehöriger
Artikel 18	Soziale Zusammenarbeit
Artikel 19	Wohnraum
Artikel 20	Kultur, Sport und Freizeit
Artikel 21	Sicherheit
Artikel 22	Geschlechterspezifische Gewalt
Artikel 23	Menschenhandel

Bestandsaufnahme von Maßnahmen

Rolle als Dienstleistungserbringerin

1-01 Gleichstellungsstelle

- Fachtagungen, Veranstaltungen und Aktionen zu Frauengesundheit und Männergesundheit allgemein und zu Brustgesundheit und AIDS speziell
- Aktion „Gewalt macht krank“ in Kooperation mit GOLU (z.B. Plakate für Wartezimmer, Notfallkarten für betroffene Frauen, Informationen und Schulungen für Personal in Medizin und Pflege)
- Arbeitsgespräche mit dem Gesundheitsamt mit dem Ziel einer geschlechterdifferenzierten Gesundheitsberichterstattung
- Fachtagung zur gesundheitlichen Versorgung von Arbeitsmigrantinnen
- Aktion „Gut drauf!“ der BzGA im Rahmen „Wohl fühlen im Westend – Gesund leben in der Sozialen Stadt“
- Genderaspekte in den Soll-Konzepten von Projekten bei den Sozialen Diensten und im Bereich Senioren
- Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation von Frauen, insbesondere anlässlich Internationaler Frauentag und Equal Pay Day
- Recherchen zur Situation obdachloser Frauen und Unterstützung eines Angebots zur Übernachtung
- Bekanntmachung von Anlaufstellen für Frauen (z.B. Adressbuch für Frauen, Frauen-Stadtplan, Frauen engagieren sich - Frauenverbände A-Z)
- Organisation und Koordinierung von Fraueninformationsbörsen
- Mitorganisation „Infotag Wiedereinstieg“
- Unterstützung der Arbeit des Internationalen Frauentreffs und anderer Beratungsstellen und Projekte zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation von Migrantinnen (u.a. im Rahmen Soziale Stadt)
- Sicherheitsbegehungen mit Frauen in Stadtquartieren
- Initiierung von Sicherheitsgutachten aus Frauensicht
- Unterstützung von Maßnahmen für mehr Sicherheit in Parkhäusern
- Koordinierung des Arbeitskreises Gewalt gegen Frauen
- Ausweitung des Netzwerks gegen Gewalt an Frauen (u.a. GOLU, Hebammen, Arzthelferinnen, Rat für Kriminalitätsverhütung)
- verschiedene Fachtagungen, Informationsveranstaltungen und vielfältige Materialien zu geschlechtsspezifischer Gewalt
- Koordinierung Runder Tisch RIGG, incl. Täterarbeitseinrichtung
- Förderung von Fachberatungsstellen „Gewalt gegen Frauen“
- Medienkompetenz für spezielle Frauengruppen (Seniorinnen, Migrantinnen)
- Unterstützung von Existenzgründerinnen durch die WEG

Bestandsaufnahme von Maßnahmen

Rolle als Dienstleistungserbringerin

3-11 Kultur

- Gender-Themen in den Angeboten der Stadtbibliothek

3-15 Schulen und Kindertagesstätten

- Bereitstellung der Infrastruktur zur Kinderbetreuung: Krippen, Kindertagesstätten und Horte in städtischer und freier Trägerschaft, Angebot an Tagespflegeplätzen
- Plätze für Vorschulkinder im Kindergartenbereich beitragsfrei, Möglichkeit der Beitragsbefreiung für Hort, Krippe und Tagespflege

4-14 Tiefbau

- Erhöhung des Sicherheitsempfindens: Gutachterliche Stellungnahme 1997/98 zum S-Bahn-Haltepunkt LU-Mitte
- Berücksichtigung der Empfehlungen bei allen Folgeprojekten
- Beseitigung von Angsträumen: Prüfung von Bauwerken, insbesondere Fußgängerunterführungen und Durchführung von Verbesserungen (Farbanstriche, Beleuchtung u.a.), z.T. im Rahmen von Soziale-Stadt-Maßnahmen

5-14 Integration und Weiterbildung

- spezielle Fortbildungen für besondere Zielgruppen/Aufgabenbereiche der Stadtverwaltung
- Angebote des Frauentreffs: Informationen, Informationsveranstaltungen, Sprachkurse mit Kinderbetreuung, Internetcafe für Migrantinnen,
- niederschwellige Deutschkurse in Kindertagesstätten und Grundschulen für Migrantinnen mit Kleinkindern (MaMa-Kurse)
- Projekte zur Integration von Jugendlichen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt (verschiedene Träger)
- spezielle Förderung schwieriger (männlicher) Schüler zwecks Verbesserung des Sozialverhaltens
- spezielle Sprachförderangebote für Migrantinnen, z.B. MaMa-Kurse, Erzähl- und Schreibwerkstatt, berufsbezogene Sprachprojekte
- Förderunterricht und Hausaufgabenhilfe für Schülerinnen, z.B. in Kooperation mit der Mädchenwerkstatt
- ausbildungsbegleitende Angebote für Mädchen, z.B. KOM, Starke Mädchen, Mona Lisa
- Qualifizierung von Integrationsbegleiterinnen (Projekt „Brückenbauer/innen“)
- Anlaufstelle bei der Stadtverwaltung für Migrantinnen und Migranten (Geschäftsstelle des Migrationsbeirats)

5-14 Integration und Weiterbildung

- Recht auf Bildung für alle Menschen, Geschlechtergerechtigkeit und Gender Mainstreaming im Leitbild der VHS
- Angebote für alle Frauen: Reihe „Starke Frauen in Beruf und Familie“, Arbeitskreise, kulturelle Bildung in Kooperation mit Deutscher Verband Frau und Kultur e.V., Veranstaltungen und Seminare zu Frauenfragen in unterschiedlichen Lebenssituationen
- Angebote speziell für Migrantinnen: MaMa lernt Deutsch – mit Kinderbetreuung, Frauenintegrationskurse mit Kinderbetreuung, berufsbezogene Förderkurse, Arbeitskreis
- Angebot für politisch interessierte Frauen: Reihe „Frauen machen Kommunen stark – Handlungsort Kommune“
- Angebote zur berufsbezogenen Förderung: zur Orientierung und Qualifizierung für den beruflichen Wiedereinstieg, Kommunikation und Rhetorik, EDV-Kurse „PC leicht von Frau zu Frau“
- Angebote speziell für Männer zur Reflexion geschlechterstereotypischer Denkstrukturen und Verhaltensweisen: Reihe „Starke Männer“, Kochkurse, Netzwerktraining
- Fachtage für freiberufliche Kursleitende zu Genderkompetenz und Gender Mainstreaming in der Weiterbildung

und weitere Bereiche

Planung und nachhaltige Entwicklung

Artikel 24	Nachhaltige Entwicklung
Artikel 25	Stadt- und Lokalplanung
Artikel 26	Mobilität und Verkehr
Artikel 27	Wirtschaftliche Entwicklung
Artikel 28	Umwelt

Bestandsaufnahme von Maßnahmen Planung und nachhaltige Entwicklung

1-01 Gleichstellungsstelle

- Frauen-Stadt-Gespräche zu Themen der Stadtplanung und Stadtentwicklung
- Dokumentation: Frauen im Stadtverkehr – Ludwigshafenerinnen nehmen Stellung zur Verkehrspolitik der Stadt und zum Entwurf einer „Verkehrskonzeption 2000“, 1992
- Dokumentation: Strukturanalyse der Frauenerwerbsarbeit in Ludwigshafen – Handlungsansätze für eine gleichstellungsorientierte regionale Strukturpolitik, 1994
- Gezielte Bürgerinnenbeteiligung bei Stadtentwicklungsprogrammen in Stadtteilen und Quartieren, z.B. Ökologische Stadterneuerung Karolina-Burger-Quartier, Frauenstadtrundgänge Westend
- Dokumentation: Ökologische Stadterneuerung Mundenheim „Karolina-Burger-Straße“ – Gezielte Bürgerinnenbeteiligung, 1991
- Initiierung und Koordinierung der verwaltungsinternen, bereichs- und dezernatsübergreifenden AG Geschlechtergerechte Planung
- Positionspapier der AG zur Umsetzung geschlechtergerechter Planung
- VA Nr. 3 vom 20.03.2006 „Gender Mainstreaming im Planungs- und Bauwesen“
- Stellungnahmen der AG zu überregionalen Planungen, z.B. Nahverkehrsplan, LEP IV, Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar
- Anregung geschlechterdifferenzierter Informationen zur Stadtentwicklung, umgesetzt z.B. in Informationen zur Stadtentwicklung 04/09 „Struktur und Entwicklung der Wirtschaft in Ludwigshafen 2000 – 2007“
- Genderaspekte im Projekt „Grün“ und Projekt „Friedhof“

1-16 Stadtentwicklung

- Genderaspekte in Berichten und Konzepten sowie sonstigen raumbedeutsamen Planungen

3-14 Jugendamt

- Jugendhilfeplanung für nachhaltige Entwicklung und Planung

4-12 Stadtplanung

- Beachtung menschlicher Grundbedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen in Planungen, Konzepten und Instrumenten
- Erfassung gruppenspezifischer Bedürfnisse durch Mitwirkung in interdisziplinären Arbeitskreisen und Foren

und weitere Bereiche

Empfehlungen für die Weiterarbeit

- Weiterführung der Bestandsaufnahme gleichstellungsrelevanter Maßnahmen, z.B. „Repräsentation und Partnerschaften“, Rat für Kriminalitätsverhütung
- Absprachen zur Weiterentwicklung einzelner Maßnahmen
- Erstellung des 1. Gleichstellungsaktionsplans